Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.
Vierteljahrs-Abonnement 1,20 Goldmark.
Anzeigenpreis: 4 mm Nonpareillezeile (Nichtverb. ausgeschl.) 0,40 Goldmark. Stellenanzeigen 4 Nonpareillezeilen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Versandpl. u. Redakt.: Nürnberg 1, Obermenzingstraße 1,1 Zahlungen: Postscheckkonto 29989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 39 — Nürnberg, den 24. September 1924 — 38. Jahrgang

Wohlauf!

Es geht eine Reise, es hebt sich ein Wind,
Die Segel, sie knattern und schwellen.
Wohlauf denn, ihr Kinder und Kindeskind
Ins Ruder gelegt euch, Gesellen!
Und drehen euch Schiffe, gewaltige, rings
Die Bahn zu verperren den Booten,
Geschaut nicht nach rechts, geschaut nicht nach links!
Bricht durch! Sonst seid ihr Heloten.

Was rauschen die Wogen, was rinnt in der Luft?
Was glitzert von Lande zu Lande?
Die Toten, sie grüßen den Leben die Brust,
Die Sklaven, sie hüten die Bande.
Doch über die dumpfe, geduldige Welt
Jüh fuhr es aus gärenden Gründen,
Drum vorwärts und dorthin das Steuer gestellt,
Wo die Zeuner der Freiheit sich zünden!

Und wollt ihr die Kinder das neuen Geschlechts
Erlösen vom faulen Gesunker,
Stopft Wachs in die Ohren euch vor dem Gekrächz
Der Pfaffen und Jobber und Junker!
Und wollt die Gestade der Sehnsucht ihr schau'n,
Wo die Säulen der Menschlichkeit ragen,
So greift in die Ruder mit kühnem Vertrau'n —
Und die Wellen, sie werden euch tragen.

Henkell.

*

Unternehmerdenkschriften.

Seitdem die leichten Profitmöglichkeiten geschwunden sind, unter denen in der Inflationszeit das Unternehmertum sich bereichern konnte, leistet man sich von jener Seite die wüstesten Angriffe auf die Organisationen der Arbeiterschaft. Dem Großkapitalismus fällt es anscheinend äußerst schwer, die einträglichen Spekulationsmöglichkeiten der letzten Jahre gegen die alte, weniger einträgliche Gewinnkalkulation der Friedenszeit einzutauschen. Die Frage der Verteilung der Reparationslasten bedrückt die Herren Großkapitalisten als eine neue große Gefahr für ihren Profit. Sie gehen deshalb darauf aus, sich auf der anderen Seite durch einen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft schadlos zu halten. Am bezeichnendsten war in dieser Hinsicht bisher das Vorgehen in verschiedenen Zweigen der Rohstoff- und der Schwerindustrie.

Merkwürdigerweise hat sich nun aber die oberste Spitze der Arbeitgeberverbände, die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände", bei der man in erster Linie eine besondere Verantwortung und Verständigungswillen voraussetzen sollte, auf die Seite derjenigen Unternehmergruppen gestellt, die den schärfsten Kampf gegen die Arbeiterschaft eröffnet haben. Die Rechtsschwenkung der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" geht schon auf Monate zurück. Seit den Tagen der Währungsstabilisierung ist gegen die Gewerkschaftsbewegung mit schärfstem Geschütz vorgegangen worden. Man geht soweit, die ganze Schuld an dem Darniederliegen der Wirtschaft den Gewerkschaften, und zwar weil diese in der Lohnfrage und in der Arbeitszeitfrage nicht nachgegeben hätten, in die Schuhe zu schieben.

Das Manöver, durch einen Druck auf den Lohn und die Arbeitszeit sich bisherige Gewinnmöglichkeiten offen zu halten, war zu offensichtlich. Man mußte der Sache ein Mäntelchen umzuhängen versuchen und in den Vorwürfen gegen die Gewerkschaften glaubt man den Boden gefunden zu haben, um die Oeffentlichkeit im Unternehmersinne „aufklären" zu können.

Seit Monaten wird die Oeffentlichkeit im Unternehmersinne bearbeitet. Man glaubt, daß es schon vergessen sei, daß die Lohnempfänger, Arbeiter und Angestellte, die schwersten Jahre der Entbehrung hinter sich haben, daß sie die schwersten Opfer auf sich nahmen, daß sie durch die Inflation völlig ihre Spargroschen, ihr Hab und Gut an andere verloren haben. Man will der Oeffentlichkeit begreiflich machen, daß die jetzigen Löhne viel zu hoch, daß die in vielen Gewerben erzielbiß verlängerte Arbeitszeit viel zu kurz sei.

Dieser „Aufklärung" sollen zwei Denkschriften dienen, die durch die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" vor kurzem der Oeffentlichkeit übergeben worden sind. Diese Denkschriften über die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber und über die Arbeitszeitfrage in Deutschland geben sich den Anschein, objektiv wissenschaftliche Untersuchungen zu sein.

Der Leser wird beim Studium der Schriften aber bald belehrt, daß es sich hier um ganz einseitige Tendenzschriften handelt: um Kampfschriften des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer.

Im Vorwort der Denkschrift über die Lohnpolitik wird von den Gewerkschaften behauptet, sie hätten „den Feindstaaten das Material für ihren Vernichtungskampf gegen die deutsche Wirtschaft geliefert". Und im Vorwort der Denkschrift über die Arbeitszeitfrage heißt es, „die freien Gewerkschaften leisten den Feindstaaten Vorspann" zum Schaden des deutschen Volkes.

Mit solchen ungeheuerlichen Vorwürfen wird versucht, gegen die deutschen Gewerkschaften Stimmung zu machen. Man glaubt, am besten Erfolg zu haben, wenn man den Gewerkschaften einen nationalen Makel anhängt. Die mit nichts zu begründenden Anwürfe sind bei der bezeichnenden Illustration zu der Versicherung der Herausgeber der Denkschriften, man habe sich bei der Abfassung derselben von der selbstverständlichen Pflicht zur Wahrheit und dem Streben nach Verständigung leiten lassen.

In Wirklichkeit bildet ihr Inhalt nur Stimmungsmache. Die Denkschriften arbeiten ganz nach der Art gewöhnlicher Agitationsbroschüren. Hinter unbewiesenen saulbiden Beschuldigungen gegen andere sollen die wahren Absichten des Unternehmertums Deckung finden.

Die Denkschriften bemühen sich um den Nachweis, daß die Arbeiterschaft länger arbeiten und mehr hungern muß, als bisher schon. Das sei notwendig, wenn die Wirtschaft die Kriegsverluste wettmachen und Reparationen leisten solle. Arbeitszeitverlängerung und Niedrighaltung der Löhne, das sind die einzigen Mittel, welche die Kapitalisten in Vorschlag zu bringen wissen. Die Arbeiterschaft müsse billiger arbeiten und schlechter leben, als wie vor dem Kriege, damit die Wirtschaft Reparationen leisten könne und den unbedingten Bedürfnis nach neuer Kapitelbildung Rechnung getragen werden könne.

Diese Wendung läßt die Katze aus dem Sack: Reparationsleistungen? Jawohl; aber: die Arbeiter sollen die Lasten tragen. Die Arbeiter sollen sogar diejenigen sein, die das Nationalvermögen (lies: Privatkapital) vermehren helfen sollen! Damit ist alles deutlich genug ausgedrückt.

Die Denkschriften atmen den Geist der Ueberheblichkeit. Immer wieder hört man heraus, nur die Unternehmer verstanden etwas von der Wirtschaft, alle übrigen werden als Dilettanten, volkswirtschaftlich als Laien angesehen.

Wie sieht es aber mit der Beweisführung der Denkschriften aus? Man darf mit gutem Recht so urteilen: Wenn mit diesen „Denkschriften" etwas bewiesen wird, dann nur dieses: sie entfesseln wieder einmal den Mann der Wissenschaft seines Heiligenscheins und zeigen ihn als bezahlten Lohnarbeiter. Man muß schon sagen, bei der ganzen Legion akademisch vorgebildeter Techniker, Juristen und Volkswirte, die dem Unternehmertum zur Verfügung stehen, die sich jahraus, jahrein mit diesen Problemen beschäftigen, hätte man auf einen etwas weiter diskutierten Inhalt der Denkschriften, auf etwas mehr Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit rechnen sollen.

Dafür nur ein paar Hinweise: Wie will man die Behauptung stützen, daß Gewerkschaften eine organisierte Abwanderung von Facharbeitern in das Ausland betreiben, um sich in der Lohnpolitik taktische Vorteile zu verschaffen?

Wie hat man zu der Behauptung kommen können, die Belastung des Arbeiters durch Einkommensteuer sei heute kaum höher als in der Vorkriegszeit?

Wie ist es mit wissenschaftlicher Forschung zu vereinbaren, daß anstatt der allein maßgeblichen Wochenverdienste einfach die Stundenlöhne der Vorkriegszeit mit den heutigen Stundenlöhnen in Vergleich gebracht werden?

Die Untersuchungen tragen an sehr vielen Stellen den Stempel der Ungenauigkeit, der Unbrauchbarkeit und daher der Wertlosigkeit direkt an der Stirne. So ist z. B. auch der Unterschied zwischen Nominal- und Reallohn nicht mit der Deutlichkeit hervorgehoben, wie es notwendig ist. Die ganze Schrift scheint eine echte Syndikusarbeit zu sein, nicht das Gutachten eines werktätigen Mannes.

Eine sehr kritische Aufnahme und Durchsicht dieser „Denkschriften" ist daher am Platze. Denn schon kommen bei Verhandlungen mit den Arbeitervertretern die Unternehmersyndizi mit ihren aus den beiden Broschüren geschöpften Kenntnissen angerückt, um mit allen Kamellen aus dem Rüstungsarsenal der Unternehmer alles Mögliche zu beweisen. Es fehlte nur noch, daß die Stich- und Schlagwörter aus den beiden Denkschriften auf einem Blatt Papier wiedergegeben würden; die einfachste Methode, um eigenes Nachdenken ganz überflüssig zu machen.

Mit solchen Waffen ausgerüstet, würden die Unternehmervertreter unfähig sein, soziales Empfinden, volkswirtschaftliche Grundbegriffe, die Logik der Tatsachen und schließlich auch die gesunde Vernunft selbst gründlich totzuschlagen.

Wir sind jedenfalls der Meinung, daß es auch noch Unternehmer gibt, die es ablehnen werden, an den realen Tatsachen vorbeizugehen und bei den Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft sich solcher Methoden zu bedienen.

Die statistischen Nachweise der Gewerkschaften über Steigerungen der Stundenleistungen bei verkürzter Arbeitszeit und dem Leistungsrückgang bei Arbeitszeitverlängerungen werden in der betreffenden Denkschrift mit einer Handbewegung als „nicht beweiskräftig" abgetan. Warum geht dann aber das Unternehmertum einer genauen Produktionskontrolle aus dem Wege? Warum ist man bemüht, die Betriebe undurchsichtig zu machen? An diesen Fragen gehen die Denkschriften wohlweislich vorbei. In der Arbeitszeit-Denkschrift heißt es: „Zwar fehlt in Deutschland eine absolut umfassende Produktionsstatistik und es mag füglich bezweifelt werden, ob eine solche sich überhaupt allgemein ermöglichen läßt. Für die Schlüsselindustrien liegt jedoch wesentliches amtliches Material vor."

Das heißt doch, den Dingen ausweichen. Daß Produktionsstatistiken möglich sind, haben uns andere Länder bereits seit langem vorgemacht. Untersuchungen über jede einzelne Industrie halten wir für genau so notwendig, wie eine allumfassende Betriebs- und Produktionsstatistik. Wir sind auch der Auffassung, daß die Lohnbemessung sich nach den Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Gewerbezweige richten soll. Wenn die Unternehmerverbände davon überzeugen wollen, daß ihnen die Gesamtinteressen des Volkes über ihre eigenen Interessen gehen oder doch, daß sie die Gemeininteressen ihren Privatinteressen voranstellen, dann gibt es dafür ein einziges Mittel: den Nachweis über die Not der Unternehmer zu erbringen durch Vorlegung der Geschäftsbücher der Unternehmungen!

Die eine Denkschrift rechnet aus, wie viele Arbeitsstunden gegen früher durch den gewährten Arbeiterurlaub der Produktion verloren gehen. Vielviele Arbeitsstunden durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit der Volkswirtschaft verloren gegangen sind, darüber sind keine Berechnungen gemacht. Man sollte doch ehrlich sein und zugeben, daß nicht die Gewerkschaftspolitik, sondern daß ganz andere Faktoren die vielen Lähmungen und Hemmungen des Wirtschaftslebens hervorgerufen haben. Eine Reihe Industrien haben ja seit Monaten die erstrebte Verlängerung der Arbeitszeit erreicht. Man hat aber nicht das Versprechen, dadurch die Wirtschaft in Gang bringen zu können, einlösen können. Eine neue Krisenwelle mit Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit hat eingesetzt und auch jene Hoffnungen begraben.

Es darf angenommen werden, daß andere Unternehmergruppen die Dinge nüchterner beurteilen, als die großkapitalistischen Schwerindustriellen. Es steht auch fest, daß nicht alle Unternehmer die scharfen Methoden gegen die Arbeiterschaft, die die Vereinigung der Arbeitgeberverbände eingeschlagen hat und die sich in schweren Konflikten und Arbeitskämpfen auswirken müssen, als das Allheilmittel betrachten. Denn die Großindustrie läßt sich auch von spekulativen Absichten leiten, die mit den Interessen anderer Zweige und kleinerer Gruppen nichts gemein haben.

Die Denkschrift über Lohnpolitik stellt die Frage, bei welcher Lohnhöhe die gewerkschaftliche Lohnpolitik eigentlich halt machen wolle. Wir antworten: Bei der jeweils möglichen Lohnhöhe, die sich aus den unausweichlichen Auseinandersetzungen ergibt. Wir stellen aber zugleich die Gegenfrage: Welche Grenze im Lohn nach unten die Verfasser der Denkschriften noch für möglich halten, um die Arbeiterschaft auch noch bei verlängerter Arbeitszeit überhaupt arbeitskräftig und arbeitsfroh erhalten zu können. Das ist doch schließlich die Kernfrage, wenn man wirklich eine größere Ergiebigkeit der Produktion im Sinne hat.

Die Verfasser der Denkschriften haben an vieles gedacht, nur nicht an — den Menschen. Sie ignorierten die menschliche Natur, die nach Freiheit und Selbstbestimmung drängt, sie haben nach nicht einmal in Rechnung gestellt, wo die physische Möglichkeit zur Arbeit beginnt und wo sie ihr Ende findet. Der Inhalt der Schriften geht an keiner einzigen Stelle auf die sozialen Notwendigkeiten ein. Nirgends ist in Betracht gezogen, daß man es im Produktionsprozeß mit Menschen von Fleisch und Blut zu tun hat, nirgends, daß die Träger der Wirtschaft auch nach außen hin soziale Verantwortung tragen. Der Inhalt der Denkschriften entspricht der Einstellung eines Menschen, der die Umwelt überhaupt nicht sieht, der für alle seine Schlußfolgerungen nur sich selbst und seinen Betrieb in Rechnung stellt.

Ueber die Ziele der gewerkschaftlichen Lohnpolitik und über die Mittel, die zur Gesundung der Wirtschaft führen könnten, hat in letzter Zeit die „Gewerkschaftszeitung" des A. D. G. B. eine Reihe von Aufsätzen gebracht. Sie hebt hervor, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Belebung des Innenmarktes eine außerordentliche Bedeutung zukommt und weist an einer Stelle darauf hin, daß, um die Wirtschaft leistungsfähiger zu machen, die technische und organisatorische Verbesserung der Betriebe, die Ausschaltung der überflüssigen Zwischenunternehmungen und der unrentablen Betriebe, schärfste Kalkulation und freie Konkurrenz, Massenproduktion mit großem Umsatz und kleinem Nutzen, gutem Lohn und kurzer Arbeitszeit auch unter dem kapitalistischen System schon Wunder wirken könnte.

Für die Verfasser der Unternehmerdenkschriften wird das natürlich in den Wind geschrieben sein. Ihre Denkschriften sind zu dem verdeckten Zwecke geschrieben, andere Absichten zu verfolgen. Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Unternehmerverbände bildet nur einen Teil eines großen Planes, die einseitige Herrschaft des Unternehmertums wieder aufzurichten. Ihr reiht sich würdig an der Vorstoß gegen die allgemeine Sozialpolitik und gegen die Arbeiterrechte überhaupt. Man möchte überall den Einfluß der Arbeiterschaft und ihre Mitwirkung ganz ausschalten. So enthalten die Denkschriften z. B. auch eine verdeckte Spitze gegen die Schlichtungsbehörden, gegen Reichstarife und Schiedssprüche und anderes mehr. Ueber den Kampf, den die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen die Arbeiterschaft führt, hat die „Gewerkschaftszeitung" ebenfalls mehrere Artikel gebracht, von denen wir den in ihrer Nr. 33 enthaltenen unter der Ueberschrift: „Der Klassenkampf des Unternehmertums" nachfolgend wiedergeben.

Der Klassenkampf des Unternehmertums

Von Fritz Tarnow.

Der Aktionsplan.

Das deutsche Unternehmertum geht aufs Ganze. Es will nicht nur die gegenwärtige Konjunktur ausnutzen, sondern auch schon Vorarbeit für die Zukunft leisten. Immer deutlicher wird erkennbar, daß ein von langer Hand vorbereiteter, konsequent ausgearbeiteter und großzügig in Szene gesetzter Aktionsplan vorliegt. Ziel der Kampagne ist die Wiederherstellung einer sozialen und wirtschaftlichen Verfassung, die nicht nur die letzten fünf Jahre in der Geschichte ausstreichen, sondern die Entwicklung um einige Jahrzehnte weiter zurückführen soll. Berauscht von Augenblickserfolgen, die ihm eine für seine Zwecke maßlos günstige Konjunktur mühelos in den Schoß geworfen hat, ist das Unternehmertum einem wahren Machttaumel anheimgefallen. Niemals hat sich volkswirtschaftlicher Stumpfsinn, soziale Rücksichtslosigkeit, politische Blindheit und brutaler Klassenegoismus so vollkommen zu einem abschreckenden Bilde vereint wie gegenwärtig in der deutschen Unternehmerklasse. Alle sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rücksichten sollen allein den „Belangen" dieser Klasse untergeordnet werden. Wenn es nach ihr ginge, müßte die Sozialpolitik als unzeitgemäßer Luxus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Das Unternehmertum will wieder im unbeschränkten Absolutismus als Herr im Hause der Wirtschaft schalten und walten können. Jede störende Hand, sei es die des Staates oder die der Gewerkschaften, soll sorgfältig ferngehalten werden. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse insbesondere soll eine Angelegenheit ausschließlich der Arbeitgeber sein. Die Arbeiter und deren Organisationen sind nach ihrer Darstellung — abgesehen von der „unerträglichen Begehrlichkeit" — viel zu dumm, um von den Notwendigkeiten der Volkswirtschaft etwas zu verstehen, ja, auch nur das eigene Wohl der Arbeiterschaft begreifen zu können. Allein dem Unternehmertum ist die Gabe verliehen, die Wirtschaft führen, dem Allgemeinwohl dienen zu können. Nur bei ihm sitzt die Intelligenz, das volkswirtschaftliche Wissen, die Selbstlosigkeit und die Vaterlandsliebe, die dazu erforderlich sind. — Wofür ja die Wirtschaftsführung der letzten fünf Jahre durch das deutsche Unternehmertum als ebenso glänzendes wie überzeugendes Beispiel in der Geschichte fortleben wird.

Erster Kampfabschnitt.

Der Aktionsplan der Unternehmer umfaßt drei zeitlich aufeinander folgende Abschnitte. Erster Abschnitt: Niederreißen der sozialen Gesetzgebung, Beseitigung des gesetzlichen Achtstundentages, Auszmerzung sozialpolitischer Bindungen und Reinigung der Betriebe von „unproduktiven Elementen". In dieser Periode, die gegen Ende der Inflationszeit ihren Höhepunkt erreichte, wurden die öffentliche Meinung, die Regierungen und die Parlamente mit einer gewaltigen Propaganda überflutet. Alles Elend aus der sterbenden Währung und der zerrüttenden Wirtschaft führte danach nur vom „mechanischen Achtstundentag" und der „Unfreiheit des Arbeitgebers in seinem Betriebe" her. Hier brauche nur etwas Luft gemacht zu werden, um der deutschen Wirtschaft zu neuem Leben zu verhelfen. Hier sei der Punkt, wo angefangen werden müsse, und man werde sehen, wie dann von selbst alles Unglaubliche aus der Wirtschaft verschwinden werde. Daß gerade im Unternehmertum, in der Industrie wie im Handel und bei der Finanz, ein ungeheures volkswirtschaftliches Parasitentum schmarotze, das dem Volke den Lebenssaft auslaug, wurde nicht geleugnet. Aber dieser Spuk könne erst vergehen, wenn zunächst erst einmal die „Betriebsseele" gesund gemacht worden sei. Den Arbeitern soll es dabei durchaus nicht schlecht gehen. Die Opfer, die ihnen zunächst zugemutet werden müßten, seien nur scheinbare und vorübergehende. Allerdings müßten fürs erste alle irgendwie entbehrlichen Arbeitskräfte auf die Straße gesetzt werden. Aber selbstverständlich ist für sie ausreichende Arbeitslosenunterstützung vorzusehen. Der Arbeiterstamm, mit dem die gereinigten Betriebe dann zu einer gesunden Produktion übergehen könnten, solle dann aber endlich bekommen, was ihm zustehe. Bisher sei der Reallohn deshalb so bedauerlich niedrig gewesen, weil eben alle Arbeiter die Kosten der versteckten Arbeitslosigkeit mit hätten tragen müssen. In den gereinigten Betrieben würden die Arbeiter wieder den vollen Lohn erhalten können. So würde trotz zunächst vermehrter Arbeitslosigkeit eine größere Kaufkraft im Volke entstehen, die schnell belebend auf die Wirtschaft wirken und die Arbeitslosigkeit beheben würde. Andererseits würde der gereinigten Betriebe aus wieder der scharfe

und gesunde Wettbewerb in die Wirtschaft hineingetragen werden, wodurch die überflüssigen und schwachen selbständigen Existenzen ebenso wie das ganze Schieber- und Spekulantentum automatisch beseitigt wird. Kurzum: Die nahen Zukunftsaussichten waren so glänzend, daß die Verzweiflung der Arbeiter kaum zu begreifen war. Diese waren nämlich der Meinung, daß die ersten Opfer für die Wiederpersundung der Wirtschaft nicht von denen verlangt werden könnten, die bereits am Zusammenbrechen waren, daß vielmehr die Entlastung der Wirtschaft bei den parasitären Existenzen im Unternehmerlager beginnen müßte.

Der erste Kampfabschnitt schloß jedoch mit einem Erfolg des Unternehmertums ab. Die öffentliche Meinung erlag der Wirkung einer Propaganda, die das Opfer, das die Arbeiterklasse bringen sollte, möglichst klein, die wohltätigen Folgen für das Allgemeinwohl denkbar groß zu schildern verstand. Selbst namhafte Sozialpolitiker ließen sich willig vor den Agitationskarren des Unternehmertums spannen und Leute vom Schlage Max Cohens und Kaliskis sprengten wie de—fessen in die Arena, um an dem Kreuzzug zur sozialen Befreiung des Unternehmertums teilzunehmen und begeistert das Panier der Arbeitszeitverlängerung zu schwingen. Die Beseitigung der Demobilmachungsbestimmungen gab den Arbeitgebern die erhoffte Freiheit zur Säuberung der Betriebe. Der gesetzliche Achtstundentag wurde aufgehoben. Die Unternehmer schienen erreicht zu haben, was sie wollten und sie hätten sich nun der Erfüllung ihrer Versprechungen um so intensiver hingeben können, als wie ein Geschenk des Himmels auch noch die Stabilisierung der Währung (die von den Unternehmern erst für eine spätere Zeit, und zwar als Wirkung ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Aussicht gestellt worden war) hinzukam, womit die tatsächliche Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft überhaupt erst gegeben war. Bevor aber das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft des ertrunkenen Glücks teilhaftig werden konnten, hatte das Unternehmertum noch andere Dinge zu erledigen. Es begann der

zweite Abschnitt des Kampfplanes.

Direkte Aktion gegen die Arbeiter, neuer Kampf den Gewerkschaften, Aufzwingen verschlechterter Arbeitsverhältnisse, Beseitigung des Tarifvertrages. Nachdem das Unternehmertum den Erfolg der ersten Kampfperiode in der Tasche hatte, zeigte sich sofort, daß dies nur als Mittel zu weiteren Kämpfen gedacht war. Die Befreiung von der sozialen Gesetzgebung sollte nicht Mittel zum Zweck eines schnellen Wiederaufbaues der Wirtschaft, sondern in erster Linie des Unternehmerabsolutismus sein. Den Arbeitern die „Unbotmäßigkeit" zu vertreiben, die Gewerkschaften vom Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse auszuschalten, um dann den wirtschaftlichen Wiederaufbau ganz nach den Interessen des Unternehmertums vornehmen zu können, das war und ist das Ziel der ganzen Aktion. Um dahin zu gelangen, wurde die notwendige deutsche Wirtschaft in Arbeitskämpfe allergrößten Stiles gestürzt. Hatte man vorher immer wieder betont, daß es sich ja gar nicht um die Beseitigung des Achtstundentages handle, sondern nur der „mechanischen Verallgemeinerung", so wurde nun frisch-fröhlich der Kampf eröffnet für eine ganz allgemein-mechanische Verlängerung des Achtstundentages. Nichts mehr davon, daß nun die produktiven Arbeiter ausreichend bezahlt werden sollten, sondern jetzt hieß es, daß aus den verschiedensten Gründen die Arbeiter sich auf unabänderbare Zeit mit einem „Entbehrungslohn" abfinden müßten. Ganz klar trat aber nun die Sucht zutage, um jeden Preis die lästige Fessel eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und ihrer Organisationen loszuwerden. Sichtbar kämpfte das Unternehmertum unter der Parole: Jetzt oder nie! Die Meinung, daß nun der richtige Augenblick zur Niederwerfung der Arbeiterklasse, zu ihrer dauernden Wehrlosmachung gekommen sei, stützte sich auf die Kenntnis von der finanziellen Schwäche der Gewerkschaften am Ende der Inflationszeit und der zermürbenden Wirkung der kommunistischen Wühlarbeit. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Spekulation nicht ganz falsch war. Aber die weitgehenden Hoffnungen, die darauf begründet wurden, erwiesen sich doch als ganz erheblich übertrieben. Die Widerstandskraft der Gewerkschaften gegen die Arbeitgeberdiktatur war viel größer als das Unternehmertum gedacht hatte. Man hatte die Phrase, daß die Arbeitermasse selbst viel „vernünftiger" wäre als die Gewerkschaftsvertreter, so oft wiederholt, daß man allmählich selbst angefangen hatte, daran zu glauben, und um so stärker war deshalb die Ernüchterung, als nun die Massen trotz mangelhafter finanzieller Unterstützung wahrhaft heroisch den Kampf aufnahmen. Gewiß sind in vielen Fällen die Arbeiter letzten Endes durch den Hunger niedergezwungen worden, aber dieser Erfolg hat den Unternehmern viel mehr gekostet als sie bestimmt geahnt haben, und sie haben keine rechte Freude daran, denn sie können sich über die Stimmung der Arbeiter durchaus nicht täuschen, die, gereizt und verbittert, entschlossen sind, das aufgezwungene Joch nur eben so lange zu tragen, bis sie sich wieder kräftiger fühlen. In einer Reihe von Industrien haben sich aber die Arbeitgeber von vornherein blutige Köpfe geholt und trotz gewaltiger Anstrengungen und schwerer Verluste einen Erfolg nicht erringen können. Wo Erfolge errungen sind, sind es Augenblickssiege, die in sich bereits den Keim zu neuen Kämpfen, zu neuer Beunruhigung der Wirtschaft und der Unternehmer tragen. Die Absicht, die Arbeiter dauernd wehrlos zu machen, ist mißlungen, und man kann heute schon erkennen, daß das Unternehmertum diesen Mißerfolg auch begriffen hat. Daraus ergibt sich mit die Notwendigkeit des

dritten Kampfabschnittes.

Hierbei handelt es sich um einen neuen propagandistischen Sturm auf die öffentliche Meinung. Der Ueberfall des Unternehmertums auf die Arbeiterschaft nach der Beendigung der Inflationskrise — dem Alpdruck der Sozialpolitik — war so brutal, daß die öffentliche Meinung stutzig werden mußte. In Kreisen, die wohl blindlings dem Unternehmertum nachgelaufen sind, wuchs allmählich die Erkenntnis für das wahre Ziel, dem hier zugestrebt wurde, nämlich einer schrankenlosen Klassenherrschaft des Kapitals. Dagegen machen sich nun aber auch außerpolitische Gefahren bemerkbar. Ist es das Ziel des deutschen Unternehmertums, die Hungerlöhne ihrer Arbeiter zu prezeisen und den Ehrgeiz zu befördern, eine längere Arbeitszeit als sonstwo in der Welt zu haben, so ist das eine Angelegenheit auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Im Gegensatz zu Deutschland ist in den andern Ländern die Sozialpolitik auf dem Vormarsch und aber gehemmt würde, wenn Deutschland weiterhin auf dem Rückmarsch bleibt. In Verbindung mit der allgemeinen weltpolitischen Lage, dem starken Bedürfnis auch des deutschen Volkes nach internationaler Verständigung steht das deutsche Unternehmertum nun von dieser Seite eine Gefahr gegen seine kraftvollsten Pläne. Also ein neuer Propagandafeldzug zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Ist diese stutzig geworden, ob die Unternehmerklasse wirklich, wie sie vorgibt, nur das Allgemeininteresse im Auge hat oder ob sie nicht bloß nackte Klassenpolitik treibt, so muß ihr mit einem Schwall von Worten wieder eine Binde vor die Augen gelegt werden. Mit einer außerordentlichen Aktivität besorgen zurzeit die Arbeitgeberorgane dieses Geschäft. An der Spitze stehen die Kundgebungen der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die in dieser Periode eingeleitet wurden durch den bekannten Vortrag Borsigs über „Industrie und Sozialpolitik" auf der Agitationstagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Dem sind dann weitere, zum Teil recht feierliche Kundgebungen gefolgt. Die letzte Leistung ist die Schrift: „Ueber die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber".

Dieser propagandistischen Arbeit ist die Aufgabe gestellt, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß Unternehmerinteressen und Allgemeinwohl durchaus identisch sind und daß dem letzteren nicht besser gedient werden kann als dadurch, daß dem Unternehmertum vertrauensvoll die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand gelegt werden. Nur eine Lohnpolitik, die den deutschen Arbeitern die Verpflichtung einer längeren Arbeitszeit bei niedrigerem Lohn als sonstwo in der Welt auferlegt, könne die Rettung Deutschlands herbeiführen.

Das Unternehmertum liebt es, mit heuchlerischem Augenverdrehen die Hände zu ringen über den bösen Geist des Klassenkampfes in der Arbeiterschaft. Nichtsdestoweniger treibt es selber rücksichtslosesten Klassenkampf in reinster Form. Die Lohnpolitik ist ihm dabei das wesentlichste Mittel, das ausschließlich nach der Ueberlegung angewandt wird, wie die wirtschaftliche, soziale und politische Herrschaftstellung des Kapitals am vollkommensten hergestellt und befestigt werden kann. Wer das vorher noch nicht begriffen hatte, dem müssen die letzten Monate einen lehrreichen Anschauungsunterricht geboten haben.

Ein Nachweis der niedrigen Löhne.

Die deutschen Lohnverhältnisse, veranschaulicht durch die Sozialversicherung.

Wir entnehmen einem Aufsatz des Ministerialdirektors im Reichsarbeitsministerium, Grieser, im „Reichsarbeitsblatt" vom 16. August die nachfolgenden Angaben. Der Verfasser schildert die Lage der Krankenkassen seit der Stabilisierung. Er stellt fest, daß die Versicherten von den heutigen Beitragslasten hart betroffen werden, weil sie zwei Drittel der Beiträge aufzubringen haben. Außerdem sind aber die Beiträge prozentual höher als vor dem Krieg; früher genugten 4 Prozent des Grundlohnes, heute sind 6 Prozent erforderlich. Trotz des höheren Prozentsatzes für die Beiträge ist der Ertrag für die Krankenkassen im allgemeinen dennoch nicht höher, ja oft viel niedriger als früher. So war zum Beispiel in Augsburg die Einnahme im ersten Vierteljahr 1924 bei 6,6 Prozent des Grundlohnes und 74,000 Versicherten um 300,000 ℳ geringer als im ersten Vierteljahr 1914 bei nur 4,16 Prozent des Grundlohnes und nur 54,000 Versicherten; selbst der Zuwachs von 20,000 Mitgliedern konnte den Unterschied nicht ausgleichen. Die Löhne sind eben so niedrig, daß selbst höhere Beitragssätze bei vermehrter Anzahl der Versicherten einen geringeren Ertrag abwerfen, als die Beiträge auf Grund der Friedenslöhne. Das sind — schreibt der Verfasser — nicht Zufallserzeugnisse, sondern allgemeine Entwicklungsmerkmale. Dieselbe Lage wird durch die Ausgaben der Krankenkassen veranschaulicht. Die ärztliche Versorgung kostet heute das Doppelte der Vorkriegszeit, die Pflegesätze in den städtischen und staatlichen Krankenhäusern liegen um 50 bis 100 Prozent höher als früher. Danach ist der Anteil des Krankengeldes an den Ausgaben zurückgegangen. Dieser wird nämlich durch die Lohnlage bestimmt, die Löhne sind aber durchweg geringer als vor dem Krieg.

Arbeitszeitverlängerung aus Prinzip.

„Die Glocke" (Nr. 20 vom 15. August 1924) bringt in einem Artikel von Kurt Heinig ein geheimes Rundschreiben Nr. 117 der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Das Rundschreiben ist vom 20. Mai 1924 und lautet:

„Mit Bezug auf die vor kurzem den Mitgliederverbänden zugesandte Zusammenstellung über die Arbeitszeitfrage auch die Frage vorgelegt haben, in welchem Umfang die Vereinsbarmonien oder Schiedssprüche betreffend Arbeitszeitverlängerung insofern in der Praxis durchgeführt werden, als die Arbeitgeber von ihrem Recht, eine längere Arbeitszeit zu fordern, tatsächlich Gebrauch machen. Es scheint uns zwar nicht richtig, Sentenzen Schiedsrichter, die neue Regelungen über längere Arbeitszeit erreicht haben, einen allgemeinen Vorwurf zu machen, wenn sie nicht in vollem Umfang auch von dem Recht einer längeren Arbeitszeit Gebrauch gemacht haben, denn vielfach sind die Auftragsverhältnisse nicht derart, daß ein Werk auch bei entsprechend verringerter Arbeitszeit wohl mit größerer Wirtschaftlichkeit länger arbeiten läßt.

Deshalb haben wir von vornherein im Wert darauf gelegt, daß die allgemeine Regelung der Arbeitszeitfrage auch in Gruppen mit zur Zeit schlechter Konjunktur vorgenommen wird, um die Frage jedenfalls gelöst und dadurch Vorsorge dagegen getroffen zu haben, daß die Gewerkschaften sich gegen die Arbeitszeitverlängerung mit Hinweis auf die Verhältnisse in der oder jener Industrie wenden.

Infolgedessen hatte und hat die Verarbeitungsindustrie die Pflicht, vor allem die jetzt in schweren Kämpfen um die Arbeitszeitverlängerung stehende Rohstoffindustrie auch gerade in dieser Frage durch entsprechendes eigenes Vorgehen zu unterstützen und den Rohstoffarbeitern die Möglichkeit zu nehmen, eine längere Arbeitszeit mit Hinweis auf die viel bequemeren Verhältnisse in der Verarbeitungsindustrie abzulehnen.

Für völlig falsch haben wir von Anfang an den Gedankengang erklärt, es dürfe die Arbeitszeitverlängerung erst dann in Frage kommen, wenn keine Arbeitslosen mehr da sein. Wer mit solchen Erwägungen den grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der deutschen Wirtschaft um die Mehrarbeit zunächst aus dem Wege geht, macht sich die sozialistische Auffassung zu eigen, daß Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit eine sozialwirkende Maßnahme wäre."

Interessant ist der Schlußsatz. Ein Unternehmer, der seine Arbeiter als Menschen behandelt und sie nicht länger arbeiten läßt als nötig ist, der handelt sozialistisch. Das ist für einen Vollblutkapitalisten ein schwerer Vorwurf, aber für den Sozialismus ein vorzügliches Kompliment.

Dieselbe Unternehmervereinigung, die sich so sehr abmüht, nachzuweisen, daß die Arbeitszeitverlängerung aus wirtschaftlichen Gründen zurzeit notwendig sei, beweist durch ihr geheimes Rundschreiben, daß das eitel Geflunker ist. Sie will die Arbeitszeitverlängerung aus Prinzip und zwar ohne weitere Untersuchung durchgängig für jede Industrie.

Die Betriebsräte haben deshalb ganz besonders Veranlassung, in jedem Falle genau zu prüfen, ob wirklich ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, wenn die Unternehmer Ueberarbeit verlangen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann (wo nicht tarifliche Abmachungen vorliegen) wohl die Genehmigung zur Ueberarbeit geben. Das besagt indes noch nicht, daß Arbeiter genötigt werden können, länger zu arbeiten, wenn nicht dafür ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt.

Für den Achtstundentag.

Der tschechoslowakische Sozialminister nimmt in einem in der Presse veröffentlichten Brief gegen die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland Stellung. Er tritt für die in der Tschechoslowakei bereits 1921 in Kraft getretene Konvention von Washington ein und sagt: Seit dem Kriegsende und seit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist bei uns eine Abnahme des Alkoholverbrauchs, eine Verbesserung der Haushaltungsfürsorge, ein rapides Steigen der Mitgliederzahl von Turnvereinen, Arbeiter-Kulturvereinigungen usw. bemerkbar. Ich bedauere heute als Sozialpolitiker daß bei uns gegen die achtstündige Arbeitszeit mit dem Hinweis auf Deutschlands Armut argumentiert wird. Ich bedauere als Sozialist, der nach der Verstümmlung der Völker trachtet, daß die tschechische Arbeiterschaft das Gefühl hat, daß ihre sozialpolitischen Errungenschaften von Deutschland bedroht werden, von jenem Deutschland, das durch die beispielgebende Sozialpolitik unmittelbar nach dem Kriege bei uns gerade in den Arbeiterschichten die Sympathie gewann.

Wochen-Rundschau.

Der Bundesvorstand des A. D. G.-B. hat dem Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über „Wirtschaft und Sozialpolitik" zugehen lassen, die gegen die Politik des Lohndrucks, gegen die schematische Verlängerung der Arbeitszeit gegen die Beschränkungen auf sozialpolitischem Gebiet, wie sie das Unternehmertum anstrebt, Stellung nimmt.

Auch die Vorstände des Afa-Bundes und des Deutschen Gewerkschaftsringes haben den Reichswirtschaftsminister auf die sich aus dem systematischen Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik ergebenden wirtschaftspolitischen Gefahren aufmerksam gemacht.

Die Zahl der Konkurse im Monat August ist gegenüber der im Vormonat erreichten Rekordzahl von 1185 auf 792 zurückgegangen. Im August des Vorjahres wurden indes nur neun Konkurse gemeldet. — Die Zahl der neu genehmigten Geschäftsaufsichten hat sich auf die Hälfte verringert. Es wurden im August 301 (Juli 599) Firmen unter Geschäftsaufsicht gestellt, gleichzeitig aber auch die Geschäftsaufsicht in 329 (412) Fällen aufgehoben, so daß zurzeit nach der „Frankfurter Zeitung" noch etwas über 2000 Firmen in Deutschland unter Geschäftsaufsicht stehen dürften.

Vom Personalabbau wurden bis 1. April rund 400,000 Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichsbahn, Reichspost und Reichsdruckerei oder etwa 25 Prozent betroffen. Die erzielten Ersparnisse belaufen sich auf 434 Millionen Goldmark oder über 15 Prozent der Gesamtsumme an Personalausgaben.

Die Seetonnage (Handelsflotte) stieg von Juni 1914 bis Juni 1924 von 42,514,000 auf 57,530,000 Bruttoregistertonnen. Die deutsche Tonnage fiel von 5,068,000 auf 2,856,000, also um 2,242,000, obwohl in den letzten fünf Jahren wieder eine Vermehrung um 52 Prozent eintrat.

Fort mit der Zollvorlage.

Die Getreidepreise steigen weiter.

Die preissteigernde Wirkung der Getreideausfuhr und der in Aussicht genommenen Zölle kann an weiterer Steigerung der Getreidepreise nachgewiesen werden. Es betrugen die Preise an der Berliner Börse in Goldmark je Tonne (20 Zentner):

	Weizen	Roggen	Gerste	Futtergerste
9. 7.	139—144	126—134	140—149	128—136
9. 8.	187—198	139—145	176—188	172—178
11. 8	189—194	140—146	180—190	174—181
12. 8.	189—194	140—145	188—198	177—182
13. 8.	192—196	141—146	196—205	179—185
14. 8.	195—198	140—146	200—210	—
15. 8.	195—200	140—146	200—210	—
16. 8.	200—205	144—150	205—213	180—185
18. 8.	204—210	148—157	205—216	—
8. 9.	212—222	180—185	210—240	190—200
12. 9.	223—234	195—205	212—240	195—205

Die Entwicklung zeigt, daß die Wiederaufhebung der freien Getreideausfuhr durch den Ernährungsminister am 8. September zu spät gekommen ist. Die in Aussicht stehende Zollpolitik hat die Spekulation zu ermuntert, daß die Preise nun weit über dem Weltmarktpreis liegen. Sehr bezeichnend ist auch, daß die Preise nicht nur an die Vorkriegspreise heranreichen, sondern bei Weizen und Gerste die Vorkriegspreise schon sehr wesentlich überschritten sind. (Weizen Durchschnittspreis 1913 186,8 Gerste 157,8 bis 192,8 ℳ.) Wichtig ist, daß die Preissteigerung auf dem deutschen Markte anhält, obwohl die Auslandspreise etwas zurückgegangen sind. Das ganze Vorgehen der Großagrarierkreise bezweckt eine künstliche Steigerung der Getreidepreise. Diese Absicht ist um so verwerflicher, weil ein Abbau des allgemeinen Preisstandes in Deutschland dadurch verhindert wird. Die Preissteigerung auf dem Getreidemarkte zeigt weiter, daß die beabsichtigten Zölle zum Schutze der deutschen Landwirtschaft gegen die Einfuhr völlig danebentreffen. Liegen in Deutschland die Getreidepreise über den Weltmarktpreisen, ist der Einfuhrzoll der Vergangenheit, dann werden die Herrschaften vom Ar und Halm wiederum nach neuen Zollerhöhungen schreien. Ein größerer Widersinn läßt sich nicht denken.

Jedenfalls ist es notwendig, daß die Regierung sofort die Zollvorlage zurückzieht, die ohne Zweifel die Preistreibereien auf den Produktenbörsen, Viehmärkten und Hütteversteigerungen begünstigt.

Die hohen Fleischpreise.

Die „Deutsche Bauernkorrespondenz" schreibt:

Unter Zugrundelegung der amtlichen Angaben des Polizeipräsidiums über die Vieh- und Schlachthofpreise Berlins betrug am 20. August der Preis für 1 Pfund Fleisch in Pfennigen:

		Viehhof	Großhandel	Kleinhandel	Spannung in %
Rindfleisch	1913	46	66	108	123,9
	1924	40	70	120	200,0
Schweinefleisch	1913	61,7	75,8	108	75,0
	1924	69,0	87,5	140	102,9
Kalbfleisch	1913	62,2	80,6	108	70,4
	1924	62,0	90,0	130	109,7

Die Kleinhandelspreise, das ist zunächst festzustellen, stehen also weit über dem Friedensstand, obschon die hier angegebenen Preise in den meisten Stadtgegenden noch überschritten werden.

Die Tabelle beweist aber sehr deutlich noch etwas anderes, nämlich, daß die Spannung zwischen dem Preis auf dem Viehhof und im Kleinhandel viel größer ist, als sie in Friedenszeiten war.

Die Veränderung in dieser Spannung wiederum in Prozenten ausgedrückt, zeigt gegenüber dem Vorkriegsverhältnissen eine größere Spannung bei Rindfleisch von 40,4 Prozent, bei Schweinefleisch von 53,3 Prozent und bei Kalbfleisch von 55,5 Prozent.

Demgegenüber bleibt der Erzeugerpreis und das Einkommen eines Teiles der Bevölkerung hinter dem Friedensstand zurück. Die Schuld an dieser ungeheuren Preisbildung trifft keineswegs allein das alteingesessene Fleischergewerbe, sondern einen die Waren unnötig verteuernden Zwischenhandel. In dem Vieh- und Fleischhandel hat in der Nachkriegszeit eine Ueberorganisation stattgefunden, gefördert durch Schleichhandel und Inflation. Zahlreiche neue Zwischenhändler haben sich eingeschoben, und trotz des geringen Verbrauchs ist eine größere Anzahl Personen am Warenumsatz beteiligt als vor dem Kriege. In Berlin hat sich die Zahl der Fleischer mehr als verdoppelt. Da jeder verdienen will, müssen die Fleischpreise naturgemäß steigen. Eine Gesundung des gegenwärtigen Preisverhältnisses kann nur nach Beseitigung der unberechtigten Zwischengewinne eintreten.

Eine Wandlung in diesem Sinne würde die Teuerung jedenfalls mildern, aber wohl kaum ganz beseitigen. Für die Verbraucherschaft kann nur eine Erhöhung des Einkommens einen Ausgleich schaffen.

Die Julieinnahmen des Reiches.

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Steuern betragen im Monat Juli 1924 rund 583,141,258 ℳ gegen 472,296,794 ℳ im Vormonat. Das bedeutet gegenüber dem Juni ein Mehr von rund 110,8 Goldmillionen. Damit ist der Voranschlag, auf das Monatssoll berechnet, gerade wie in den Vormonaten weit überholt worden.

Von besonderem Interesse ist im einzelnen die Herkunft der Steuerbeträge. 161 Millionen Mk. entfallen auf Umsatzsteuern, die den allgemeinen Verbrauch verteuern. Auf die Lohnsteuer entfallen 109 Millionen, auf Zölle und Verbrauchssteuern 116 Millionen. Hierzu kommen noch die Verkehrssteuern, die die Allgemeinheit belasten. Die Einkommensteuer aus anderen Einkommensquellen als dem Lohn brachte hingegen nur 83 Millionen, Körperschaftssteuer 25, Vermögenssteuer 16 Millionen.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen wie folgt:

Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	**466,621,014**	**378,360,655**
davon unter anderem Lohnabzug	109,468,884	96,081,428
andere Einkommensteuer	83,344,878	54 935,273
Körperschaftssteuer	24,794,079	20,890,608
Vermögenssteuer	15,735 560	12 571,325
Umsatzsteuer	161,503,012	126,331,609
Zuwachssteuer	8,989,570	8 299,436
Kapitalverkehrssteuer	10,699,610	11 225,444
davon Börsensteuer	6,977,923	8 285,676
Einmalige Steuern insgesamt	**3,666,802**	**2,550,018**
davon u. a. Arbeitgeberabgabe	488,759	847,546
Landabgabe	2,931,339	3,807 511
Zölle und Verbrauchssteuern insgesamt	**113,911,224**	**93,510,332**
davon u. a. Zölle	27,213,960	21,960,822
Tabaksteuer	45,165,900	36,068,969
Biersteuer	21,186,179	17,701,533
Weinsteuer	6,536,010	6,198,050
Branntweinmonopol	1,085,664	1,490,319
Zuckersteuer	13,548,872	8,700,928

Ins Auge fällt dem Vormonat gegenüber die starke Erhöhung der Umsatz- und Einkommensteuer. Die letztere ist, soweit sie den Lohnabzug angeht, auf das nominelle Steigen der Beamtengehälter und Löhne zurückzuführen. Die Umsatzsteuer selbst übertrifft den Voranschlag bis jetzt um fast 30 Prozent. Im übrigen bietet der Ausweis ein überaus günstiges Bild.

Vom Zweck der Gewerkschaft.

Ihr sagt: die Gewerkschaft hat den Zweck, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Ganz recht. Aber was versteht ihr darunter? Bessere Löhne? Damit wäre der Begriff zu eng gefaßt. Gang gewiß gehört die Erringung menschenwürdiger Löhne zum Zweck der Gewerkschaft. Denn erst sie eröffnen die Möglichkeit, der grauen Alltagsorgen ledig zu werden. Aber mit dem guten Lohn ist der Begriff des „menschenwürdigen Daseins" bei weitem nicht erschöpft. Ein tierisches Dasein könnte bei guten Futter sein Bewenden haben. Aber der Mensch soll kraft seiner höheren Vernunft höhere Bedürfnisse haben. Er soll sich in der freien Natur ergehen, seine Gesundheit pflegen, Museen und Theater besuchen, die Musik unserer Meister hören, ein gutes Buch lesen. Er soll Politik kennenlernen und in das weite Gebiet der Wissenschaft eindringen.

Dazu gehört nicht nur ein guter Lohn, sondern auch Zeit. Deshalb tritt die Gewerkschaft auch seit Jahrzehnten für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Erst hoher Lohn und verkürzte Arbeitszeit bedeuten körperliches Wohlsein und längeres Leben, sind die Voraussetzung des proletarischen Aufstiegs zur Lebensfreude, zur Kultur, zum wahren Menschentum.

Deshalb steht in den Gewerkschaften nicht nur die große Lohnbewegungsmaschine. Die Gewerkschaft ist der Hebel zur menschlichen Vollkommenheit. Euch nützt der gute Lohn nicht viel, wenn ihr nicht auch zugleich verkürzte Arbeitszeit habt. Und beides erhebt auch nicht zum Vollmenschentum, wenn ihr diese Vorteile nicht ausnützt, um euer Wissen zu erweitern, euch zu höchster Bildungsstufe zu erheben. Bedenkt: Die Vorbedingung zur Macht ist das Wissen und Können. Mit brutaler Stiernackigkeit könnt ihr das sozialistische Haus in Zukunft nicht errichten. Dazu gehört zielklares, umfassendes Wissen. Erst dies führt zum echten Können. Ihr dürft nicht nur wollen. Ihr sollt können. Ihr könnt aber nur, wenn ihr das Wissen habt zum Vollbringen. Ihr werdet also das wahre Menschentum nur erringen, wenn ihr das Leben beherrscht.

Seht also in der Gewerkschaft den großen Hebel zu wahrer umfassender Volkskultur. Seid dieses hohen Zieles stets eingedenk. Steht zur Gewerkschaft in Freud und Leid. Haltet ihr immer die Treue. Kommt euch durch keine Niederlage verdrossen, durch keinen Sieg blenden. Nur stetes Streben verbürgt den Endsieg. Und dieses Endziel verliert nie aus den Augen. Ihm eure ganze Kraft, ihm eure ganze Tätigkeit. Dann werdet ihr auch das Ziel erreichen.

Taeff.

Deutsche Auswanderung 1923.

Das Wirtschaftselend der Nachkriegsjahre hat die Auswanderungen aus Deutschland nach Ueberseeländern begünstigt, so daß im Jahre 1923 mit rund 115,416 Auswanderern eine Rekordziffer erreicht wurde. Allem Anschein nach wird auch das laufende Jahr eine hohe Zahl Auswanderer aufweisen. Da der starke Abfluß an Menschen einschneidende Folgen für unsere Gesamtwirtschaft hat, ist es von Beachtung, wie sich diese Deutschlandmüden zusammensetzen und aus welchen Berufen und Bundesstaaten sie kommen.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts wurden unter den deutschen Auswanderern 65,734 männlichen und 48,078 weiblichen Geschlechts festgestellt; 34,466 waren verheiratet und 79 346 ledig. Die Zahl der Familien betrug 11,419, so daß auf je eine Familie 1 Kind entfällt. Ueber die Hälfte (Männer 50 Prozent, Frauen 54 Prozent) standen im Alter von 17 bis 30 Jahren, die alte Erfahrung wiederholend, daß immer der kräftigste Teil eines Volkes auswandert.

Von den 115,416 Auswanderern

kamen aus		kamen auf 100,000 Einwohner:	gingen nach:		
Preußen	54,719	145	Europ. Ländern	326	= 0,3 %
davon auf:					
Berlin	5,560	224	Nordamerika	90,776	= 81,1 %
Pommern	2,420	139			
Sachsen	3,321	101	Mittel-Amerika	408	= 0,4 %
Schleswig-Holst.	3,157	319			
Rheinland	8,266	116	Brasilien	8,690	= 7,7 %
Bayern	15,878	215			
Bayern, rechtsrh.	15,096	233	Argentinien	9,640	= 8,4 %
Pfalz	812	89			
Sachsen	7,268	148	Ost Südamerika	1,780	= 1,6 %
Württemberg	12,708	486			
Baden	7,154	310	Afrika	636	= 0,6 %
Thüringen	2,254	142			
Hessen	1,560	115	Asien	126	= 0,1 %
Hamburg	6,065	570			
Bremen	2,666	832	Australien	51	= —

Die stärkste Zunahme entfällt auf Württemberg (5mal sobiel als 1922). Auf den Landhunger als Auswanderungsgrund läßt die starke Beteiligung der agrarischen Gebiete Preußens gegenüber Berlin schließen. Andere Ursachen ergeben sich aus dem Beruf der Abwandernden. Es waren beschäftigt in:

	Männlich	Weiblich	%
Land- und Forstwirtschaft	11,805	5,098	14,9
Bergbau, Hütte, Saline	1,411	482	1,6
Industrie, Gewerbe, Baugewerbe	33,456	11,960	39,9
Handel, Verkehrswesen	8,931	4,119	11,5
Verkehr, Gast- und Schankgewerbe	2,446	682	2,7
Häusliche Dienste	249	11,315	10,2
Wechselnde Lohnarbeit	2,186	859	2,7
Freie Berufe, öffentlicher Dienst	2,460	2,054	3,9
Ohne Berufe usw.	2,828	11,565	12,6

Neben den zahlreichen landwirtschaftlichen Kräften und den auswandernden Dienstmädchen, Wirtschafterinnen usw., fallen die Abwanderungen aus Industrie und Handel auf, mit denen unserer Wirtschaft manche gute Spezialkraft verloren geht, für die das den Hauptstrom der deutschen Auswanderer aufnehmende Nordamerika Aufnahmegebiet ist. Im großen und ganzen zeigt die Zahl der auswandernden Industriearbeiter in einem annähernden Verhältnis zum Sinken unseres Exports, besonders der Menschenkraft erforbernden Maschinenausfuhr. Wir versuchen, die Zusammenhänge durch folgende Aufstellung zu erläutern:

	Auswanderer	Maschinenexport (in Tonnen)
1913	25,843	677,930
1922	36,527	542,234
1923	115,416	352,293

Das Jahr 1922 war infolge der Inflation einen recht beträchtlichen Maschinenexport (unter anderem Lokomotiven nach Rußland) auf, die Scheinkonjunktur hält die Auswanderungen in Vorkriegsgrenzen. Erst das Jahr 1923 bringt den Zusammenbruch unseres Exports und damit den Zwang, Menschen an Stelle von Waren zu exportieren.

Deutschvölkisches.

Unter den Parteien, die vor den Wahlen am lautesten sich angepriesen haben den armen Leuten zu helfen, taten sich besonders die neugebackenen „deutschvölkischen" Gruppen hervor. Nachdem es ihnen gelungen ist, eine Anzahl Abgeordnete in das Parlamente zu bringen, muß man sich nun auch ihre Tätigkeit ansehen. Wir geben ein kleines Spiegelbild aus dem Bayerischen Landtag:

In einer Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft" rechnete der nunmehr aus der Fraktion des Völkischen Blockes ausgeschlossene Abgeordnete Wiesenbacher in außerordentlich grundlicher Weise ab mit seinen bisherigen Fraktionsfreunden und erzählte dabei sehr bezeichnende Intimitäten über die sogenannte Arbeiterpolitik der völkischen Fraktion. „Ich erklärte, als ich nach der Wahl in die volkische Fraktion kam, 17 Mitglieder gehören der Intelligenz an, 4 der Landwirtschaft und ich als einziger der Arbeiterschaft. Man hat mich ganz lauten hingesetzt, ich bin das fünfte Rad am Wagen. Aber die Herren der Intelligenz (Kurzfr: Pöhner) werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß sie die Arbeiter zum fünften Rad am Wagen machen können. Als ich meinen ersten Antrag einbrachte, wurde ich zunächst recht angeharkt, aber schon beim dritten Antrage über die Frauenarbeit wurde mir vom Vorsitzenden erklärt: „Aber, Herr Kollege, wir haben doch schon 25 Anträge, da müssen Sie die Ihrigen schon etwas zurückstellen". Streicher hat in der Fraktion verlangt, daß ein Revers unterschrieben werden müsse, daß kein Abgeordneter der Freiwurzerei angehöre. Aber da wurde man unruhig, und mancher flopfte nervös mit den Fingern auf den Tisch, und als Streicher drängte, wurde die Stimmung außerordentlich ungemütlich. Es kam dann in der Fraktion öfters zu solchen Differenzen, und dann sagten Streicher und ich: „Das ist uns zu dumm, da gehen wir nicht mehr hin". Wenn die Arbeiter einmal sehen würden, wie es dort zugeht, dann würden sie alle davonlaufen. Diese Herren von der Intelligenz gewinnen keinen Arbeiter, auch wenn sie sich noch so sehr als Arbeitervertreter aufspielen. Als kürzlich die sozialdemokratische Abgeordnete Ammon einen vernünftigen Antrag zum Achtstundentag, zur Erwerbslosenfrage und zur Frauenfrage einbrachte und ich sagte, das unterstreiche ich, da wurden wir heftige Vorwürfe gemacht. Als dann die völkische Fraktion zu den Anträgen betreffs Achtstundentag Stellung nehmen sollte, war unser Abgeordneter, der sprechen sollte, nämlich Frühauf (Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes München), mit seinem Material plötzlich verschwunden. Sein Erlaßmann weigerte sich dann zu reden, und schließlich tat es dann Dr. Buttmann. Wie je ein Doktor über den Achtstundentag spricht, kann man sich denken, und als er in der Nürnberger Versammlung mit seiner Leistung prahlte und auftrumpfte, haben wir ihm die Stiefel gründlich abgewischt. Der Erfolg war, daß er mich als Marxist verhächtigte und mich durch die Polizei aus dem Saale weisen ließ. Aber es nutzt den Herren nichts, der Tag wird kommen, wo auch mit ihnen abgerechnet werden wird. Wenn sie mich ausschließen, sollen sie es ruhig tun, das ist mir egal, aber dann kommen diese Herren auch nicht mehr auf ihre Stühle, auf denen sie jetzt sitzen."

Daß von den Völkischen nichts rechtes zu erwarten war, ist den Wählern vorher deutlich genug gesagt worden. Jetzt sehen sie, was los ist. Bei der Vertretung von Arbeiterinteressen wird den Herrschaften übel. Wer glaubte, die Völkischen wären wirklich für den Achtstundentag und wurden Arbeiterinteressen vertreten, wird nun wohl von seiner Naivität geheilt sein. Von einer Organisation, der die innere Daseinsberechtigung fehlt, die von Unternehmergnaden sich über Wasser hält, kann man keine klare und energische politische Stellungnahme erwarten. Die Unternehmer als Geldgeber sind ausgesprochene Gegner des Achtstundentages und jeder sozialen Fortschritts.

Wohin gehört der kaufmänn. Angestellte?

Fragt eure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erwählt haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Eure Söhne dürfen niemals im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der die Jugend statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Revanchegedanken erzieht, auch nicht im Gewerkschaftsbund der Angestellten organisiert sein. Eure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten oder anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren im Zentralverband der Angestellten.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

Vom Ausland.

Verfolgung der Gewerkschaften in Südslawien.

Die Regierung Südslawiens geht neuerdings wiederum auch gegen die Gewerkschaften mit Unterdrückungsmaßnahmen vor. Jetzt ist sie auch gegen die Organisation der Schuh- und Lederarbeiter mit Verboten vorgegangen. Dieses Vorgehen fordert den schärfsten Protest der Arbeiter aller Länder heraus. Die Beschränkung der Arbeiterrechte in ihren sozialen und wirtschaftlichen Interessen zeugt von einer unerhörten Rückständigkeit. Jedenfalls werden keine behördlichen Verbote imstande sein, die Arbeiter Südslawiens von ihrem ihnen durch die Verhältnisse vorgezeichneten Wege abzubringen.

Für die Jugend

Fortbildungsschulzeit und Arbeitszeit.

Es gibt immer noch viele Unternehmer, die den Besuch der Fortbildungsschule durch die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dadurch Arbeitszeit verloren geht, deren Einbringung sie durch Leistung von Ueberzeitarbeit verlangen, sofern sie sich nicht durch Lohnabzug schadlos halten können. Mit der gesetzlichen Zulässigkeit solcher Ueberzeit beschäftigt sich ein Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 4. Aug. 1924, der in der Nummer 16 des „Reichsarbeitsblatt" abgedruckt ist. Es wird dort ausgeführt, daß eine gesetzliche Vorschrift, wonach der Pflichtunterricht in der Fortbildungsschule als Arbeitszeit zu gelten habe und daher auf die zulässige Höchstarbeitszeit angerechnet werden muß, in der Arbeitszeitverordnung nicht vorhanden sei. Wenn mangels einer Vereinbarung die Schulzeit nicht als Arbeitszeit gerechnet zu werden braucht, können aber die durch Schulbesuch ausgefallenen Arbeitsstunden nur am selben Tage innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen nachgeholt werden. Nach der Zensbilmachungsverordnung war eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit nur zum Ausgleich für die durch eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Vorabenden der Sonn- und Festtage ausgefallenen Arbeitsstunden zulässig. Die jetzt geltende Arbeitszeitverordnung läßt zwar allgemein einen Ausgleich ausgefallener Arbeitsstunden durch Mehrarbeit an anderen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche zu, aber nur „für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung"; der Arbeitgeber kann daher einem einzelnen Arbeitnehmer nicht einseitig den Nachholen eines aus Gründen persönlicher Art entstandenen Ausfalls auferlegen. Demnach ist durch die Arbeitszeitverordnung eine wesentliche Aenderung der Rechtslage nicht eingetreten.

Hiernach wäre das Verlangen des Unternehmers, daß der Lehrling die durch den Besuch der Fortbildungsschule versäumten Arbeitsstunden durch Nacharbeit einbringe, in den meisten Fällen ein krasserer Verstoß gegen die Arbeitszeitverordnung. Im Sinne eines vernünftigen Jugendschutzes wird es allerdings liegen, wenn durch eine positive Gesetzesbestimmung festgestellt würde, daß der Pflichtunterricht in der Fortbildungsschule als Arbeitszeit zu gelten habe.

Wer darf in einer Jugendherberge übernachten?

Der 6. Reichsjugendherbergstag, der aus Anlaß der Einweihung einer neuen Jugendherberge (vier Räume mit 100 Lagern) auf der Hefte Evangenberg abgehalten wurde, hat wichtige neue Bestimmungen getroffen, die sofort in Kraft treten. Bestimmend für die Neuerungen war das Streben nach möglichster Vereinfachung und andererseits nach Fernhaltung von ungebetenen Gästen in der Jugendherberge. Es empfiehlt sich, die unten folgenden Bestimmungen auszuschneiden und aufzubewahren.

1. Herbergsrecht.

Aufnahme finden nur Wanderer (auch Radfahrer, Bootfahrer und Schneeläufer) beiderlei Geschlechts. Jungwanderer bis zu 20 Jahren haben nach wie vor das erste Anrecht auf die Betten.

2. Ausweispflicht.

Alle Herbergsgäste, mit Ausnahme der Schüler unter Führung von Lehrern, haben sich auszuweisen, und zwar:

a) die 14- bis 18jährigen sowie ältere Schüler und Studenten durch den „Bleibenausweis für Jugendliche", der die Angabe des Alters enthält;

b) die über 18jährigen Wanderer durch die Mitgliedskarte für DJH. (Deutsche Jugend-Herberge).

Mitgliedskarte und Bleibenausweis haben die eigenhändige Unterschrift des Inhabers zu tragen. Diese ist auf Ansuchen des Herbergsleiters oder Herbergsvaters jederzeit zu wiederholen.

Der Bleibenausweis für Jugendliche wird wie die Mitgliedskarte von den Zweigausschüssen und Ortsgruppen für DJH. ausgestellt.

Die überbezirkliche Mitgliedschaft eines Vereins hat nur unterstützende Wirkung, gibt also kein Herbergsrecht bzw. Vergünstigung für dessen Mitglieder.

3. Beiträge und Gebühren.

Einzelmitglieder: Jahresbeitrag mindestens 5 ℳ. Dafür wird die Verbandszeitung „Die Jugendherberge" geliefert. Bleibenausweis 50 ₰.

4. Vorkäufige Mitgliedskarten

werden in den Jugendherbergen nicht mehr ausgestellt, ebensowenig Bleibenausweise.

Wer also in den Jugendherbergen Aufnahme finden will, muß sich vorher die Mitgliedskarte bzw. den Bleibenausweis bei dem zuständigen Zweigausschuß bzw. der Ortsgruppe beschaffen.

5. Die Uebernachtungsgebühr

beträgt für Schüler und Lehrlinge 10 ₰, für alle anderen 50 ₰.

6. Das Reichsherbergsverzeichnis,

das zirka 2000 Jugendherbergen enthält, kostet 75 ₰.

Alle Freunde des Wanderns, Schulen und Vereine werden gebeten: Schafft mit am Bau von Jugendherbergen für die gesamte wandernde Jugend durch Erwerb der Mitgliedschaft, damit das heranwachsende Geschlecht Heimat und Vaterland aus eigener Anschauung kennen und liebgewinnen lernt und der Jungbrunnen des Wanderns der Jugend aller Stände zugänglich werde, zur Hebung der Volkskraft und Volksgesundheit.

Das neue Verzeichnis der Jugendherbergen

in Deutschland ist soeben erschienen. Es bietet außer dem Verzeichnis der Herbergen noch Aufklärung über deren Benutzung, über Karten und Führer für die einzelnen Wandergebiete sowie über die Fahrpreisermäßigung bei Jugendwanderungen. Es ist zum Preise von 90 ₰ für das Stück unter Nachnahme vom Verband für Deutsche Jugendherbergen, Hilchenbach i. Westf., oder durch die Buchhandlungen zu beziehen.

Gründung einer sozialistischen Jugendorganisation in England.

Auf dem im April d. J. in York abgehaltenen Kongreß der Independent Labour Party wurde die Gründung einer Jugendorganisation beschlossen. Dieser Beschluß hat sich im Gegensatz zu anderen früheren Versuchen ähnlicher Art überraschend gut und schnell ausgewirkt. Es ist bereits in verschiedenen Städten Englands zur Gründung von Jugendgilden gekommen, so daß bereits vierzig Gruppen in Tätigkeit sind die insgesamt zweitausend Mitglieder haben. In der letzten Exekutivkommissitzung der jungen Organisation wurde auch das Programm und die Statuten der Sozialistischen Jugend-Internationale diskutiert und beschlossen, der Internationale beizutreten. Damit ist auch die englische Organisation in der Sozialistischen Jugend-Internationale vertreten, und der gute Anfang gibt die Hoffnung, daß sich die junge Organisation bald eine Stellung erobern wird, die der Bedeutung der englischen Arbeiterbewegung in der Internationale entspricht.

Gewerkschaftliche Disziplin in Belgien.

Auf dem kürzlich abgehaltenen Kongreß des belgischen Gewerkschaftsbundes ist unter anderem auch die Frage der gewerkschaftlichen Disziplin eingehend behandelt und eine Resolution Mertens mit 324 gegen 38 Stimmen und 128 Enthaltungen angenommen worden, in der alle angeschlossenen Organisationen aufgefordert werden, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um jegliche Spaltung zu vermeiden und strikte gegen alle Elemente aufzutreten, die unter irgendwelchem Vorwand die Arbeit der Verbände stören wollen.

Angesichts des Kampfes der Kommunistischen Internationale und der ihr angeschlossenen Organisationen gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich die Funktionen eines Führers nicht mit der Eigenschaft eines Mitgliedes der Kommunistischen Partei vertragen. „Es ist nicht statthaft, Mitgliedern führende Posten anzuvertrauen, die auf Grund ihrer Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Internationale gezwungen sind, den Internationalen Gewerkschaftsbund und somit den Belgischen Gewerkschaftsbund zu bekämpfen. Das Bureau wird beauftragt, für die Ausführung dieser Beschlüsse Sorge zu tragen."

Bei Ford wird nur fünf Tage gearbeitet.

Henri Ford hat diesen Sommer für seine Angestellten die Arbeitsdauer auf fünf Tage in der Woche herabgesetzt. Er bringt kein finanzielles Opfer, indem die verkürzte Arbeitszeit auf den Sommerurlaub der Angestellten angerechnet wird. Außerdem erfolgte jetzt in der Automobilindustrie — die allerdings nur einen Teil der Fordschen Betriebe darstellt — ein Abflauen der Konjunktur. Demzufolge ist der Neuerung keine grundsätzliche Wichtigkeit beizumessen. Beachtenswert ist dagegen die Erklärung Henri Fords, dieses bedeutenden Wirtschaftsorganisators, kraft welcher eine fünftägige Arbeitszeit der Angestellten für einen jeden Industriebetrieb vollkommen genügen muß.

Feriensicherung bei Betriebsschließung.

Eine prinzipielle Entscheidung in der Feriengewährung

fällte die Bezirkstarifkommission für die Schuhindustrie in Nürnberg am 5. September. Die Vereinigten Schuhfabriken Berneis-Weißella K.-G., Sitz Augsburg, haben ihren Betrieb in Mering mit 236 Arbeitern am 26. Juli ds. Jrs. geschlossen, ohne den Arbeitern Ferien zu gewähren bzw. zu bezahlen. Die Firma hat am 21. Mai die vorsorgliche Anzeige auf Betriebsstillegung angemeldet. Am 18. Juni wurden die ersten Arbeiter entlassen und den Arbeitern bekannt gegeben, daß der Betrieb stillgelegt würde. Der Betriebsrat verlangte darauf für die Arbeiter die Gewährung der Ferien, die von der Firma verweigert wurden mit der Begründung, daß sie bei Betriebsstillegung Urlaub nicht zu gewähren brauche. Am 26. Juli wurden die letzten Arbeiter entlassen und der Betrieb geschlossen.

Von unserem Bezirksleiter wurde Klage bei der Bezirkstarifkommission gegen die Firma auf Ferienentschädigung erhoben.

Die Bezirkstarifkommission hat nun entsprechend dem Klageantrage folgenden

Schiedsspruch

gefällt:

1. Die beklagte Firma ist verpflichtet, an die in der Zeit vom 18. Juni bis 26. Juli 1924 im Werk Mering entlassenen Arbeiter die Ferienentschädigung gemäß den Bestimmungen des RRV. f. d. Schuhindustrie zu zahlen.
2. Beklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen, die auf ℳ 200.— festgesetzt werden.

In der

Begründung

heißt es in der Hauptsache:

„§ 14 Ziff. a des RRV. bestimmt, daß allen Arbeitern eines Betriebes, die zu Beginn der in diesem Betriebe stattfindenden allgemeinen Ferien in ihm beschäftigt sind, im Laufe eines Kalenderjahres in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober einmal Ferien bezahlt werden. Diese Bestimmung kann nur so ausgelegt werden, daß alle Arbeiter eines Betriebes gemeinschaftlich einmal im Jahre Anspruch auf Ferien haben sollen, und zwar in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober. Die Arbeiter haben also einen Anspruch auf Ferien und der Arbeitgeber ist verpflichtet, eine bestimmte Urlaubszeit anzuberaumen. Diese Pflicht ist im vorliegenden Falle nicht erfüllt. Die Tatsache, daß die Firma genötigt war, aus wirtschaftlichen Gründen den Betrieb stillzulegen, kann ihr selbstverständlich nicht als Verschulden angerechnet werden. Darum handelt es sich auch nicht. Wohl aber muß der Firma zur Last gelegt werden, daß sie trotz des Verlangens der Arbeiter und obwohl die Möglichkeit zur Gewährung von Ferien vor der Durchführung der Stillegung gegeben war, es abgelehnt hat, diesem Verlangen zu entsprechen. Mit Recht verlangen die Arbeiter Schadenersatz wegen Nichterfüllung.

Es ist zu beachten, daß doch auch der tarifmäßig festgelegte Ferienanspruch bei der Preiskalkulierung in Berechnung gegeben wird."

Diese Entscheidung ist klar und eindeutig und gewährt keinem Raum für eine andere Auslegung. Von der Leitung des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten lag ein Gutachten vor, wonach eine Verpflichtung zur Ferienbezahlung nicht besteht, wenn ein genauer Termin für den Ferienbeginn zur Zeit der Betriebsstillegung nicht festgesetzt sei. Dieser Einwand wurde, wie ersichtlich, als unbeachtlich gelten.

Wie im vorliegenden Falle, sind sicherlich eine Reihe von Fällen zu verzeichnen, wo Betriebsstillegungen erfolgt sind, ohne daß die Arbeiter ihre Ferien erhalten haben. Sie müßten also ihre Ansprüche geltend machen.

Von der Schuhmacherbewegung Oesterreichs.

Unsere österreichische Bruderorganisation, der Verein der Schuhmacher Oesterreichs, hielt vom 7.—9. September in Wien seine Generalversammlung ab. Es wurden auf ihr bedeutsame Beschlüsse gefaßt, in Bezug auf Umgestaltung des Verbandes in eine Industrieorganisation für die gesamte Lederbranche, ferner in Bezug auf Beitrags- und Unterstützungserhöhungen, wobei die Generalversammlung über die Vorschläge des Vorstandes noch hinausging.

Bemerkenswert ist, daß in den gefaßten Beschlüssen unter den Delegierten allgemein Einstimmigkeit herrschte, was mit Freuden begrüßt wurde. Einhelligkeit herrschte darüber, daß seit dem militärischen Zusammenbruch es den Schuhmachern erst gelungen ist, sich auf die Stufe der übrigen Berufsgruppen emporzuarbeiten, und daß diese Position behauptet werden muß.

An der Tagung nahmen rund 80 Kollegen teil, darunter eine Anzahl Gäste aus Ungarn, Tschechien und Oesterreich selbst, ferner die Vertreter der Behörde der Sattler und Lederarbeiter Oesterreichs. Als Vertreter des Internationalen Sekretariats und des deutschen Verbandes war Kollege Simon anwesend.

Die Berufung des ausgeschlossenen Kommunisten Kastner wurde abgelehnt und ist zu bemerken, daß der von Schuh gemäßigte Kurzi, gar nicht erschienen war.

Der Bericht des Zentralvorstandes wurde nach langer Debatte, unter Annahme der einstimmigen Entlastung, zur Kenntnis genommen. Nach einem Vortrage des Genossen Schorsch, Sekretär der Gewerkschaftskommission über die wirtschaftliche Situation in Oesterreich, welcher allgemeinen Beifall fand, wurde die Frage der Beiträge, Unterstützungen und das Verhältnis der Ortsgruppen und Zahlstellen zur Zentrale in die Diskussion gezogen, worüber Sekretär Ranka referierte. In Punkto Mitgliedsbeiträge lag vom Zentralvorstande kein Antrag vor. Auf Grund des Referates und der Diskussion sahen aber die Delegierten ein, daß die Unterstützungen erhöht werden müssen, um die diesbezügliche Unzufriedenheit der Mitglieder wenigstens teilweise zu beseitigen. Da sich eine Erhöhung der Unterstützungen doch nur unter gleichzeitiger Erhöhung der Mitgliedsbeiträge entsprechend durchführen läßt, beantragte aus diesem Grunde die Generalversammlung selb. die Antragsprüfungskommission selbst, eine Beitragserhöhung, welche auch beschlossen wurde. Die Beiträge wurden in vier Klassen, und zwar von 5000—8000 Kronen, die Unterstützungen auf mindestens 37,500 bis 210,000 Kronen pro Woche festgesetzt und mehrere Korrekturen im Reglement vorgenommen.

Die Statuten wurden nach dem Referate des Ohmannes Möller dahin abgeändert, daß sich aus der Branchenorganisation ein Industrieverband für die Schuh- und Lederindustriearbeiter entwickeln kann.

Bei der Wahl des Zentralvorstandes wurden, den geänderten Statuten entsprechend, anstatt zwei nun drei gleichberechtigte Obmänner gewählt, und zwar die Genossen Josef Zitko, Anton Rejedlu und Heinrich Möller.

Die Funktionäre als Redakteur und Administrator des Fachblattes verblieben unverändert die bisherigen Genossen Rejedlu und Möller.

Mit einer Mahnung zu erneuter, rühriger und organisatorischer Arbeit wurde die Generalversammlung geschlossen.

Die Industrialisierung der überseeischen Gebiete.

Der Fortschritt der kanadischen Industrie erhellt aus beiden aus den Ausfuhrzöllen Kanadas. Betrug noch die industrielle Ausfuhr Kanadas im Jahre 1890 nur 6 Prozent der Gesamtausfuhr, so war im Jahre 1923 der Anteil der Fertigfabrikate an der Gesamtausfuhr nicht weniger als 40 Prozent, wozu noch 15 Prozent an Halbfabrikatenausfuhr hinzukommen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die industrielle Erzeugung Kanadas mehr als verdoppelt. (Die Zunahme betrug 136 Prozent.) Den besten Beweis für die Ausdehnung der kanadischen Industrie liefert der Umstand, daß gegenwärtig mehr Rohstoffe als Halbverarbeitet als ausgeführt werden. Diese Entwicklung hat auch viel dazu beigetragen, daß sich die Handelsbilanz in den letzten Jahren immer günstiger gestaltet hat. Kanada, das zweitgrößte Forstgebiet der Welt besitzt auch die größten Waldungen des britischen Reiches die größten Fischereien und verfügt über 16 Prozent der bisher bekannten Kohlenvorräte der Welt. Letztere werden vorerst noch wenig ausgebeutet. Dagegen sind Kanadas Holzindustrie und Fischkonservenindustrie sehr entwickelt. Seine Holzausfuhr betrug im Jahre 1923 beinahe 100 Millionen Dollar (nach Weizen der größte Ausfuhrposten), Holzstoff wurde im Werte von ungefähr 50 Millionen Dollar ausgeführt, Papier an die 100 Millionen Dollar, Fischkonserven wurden 1923 im Werte von 18 Millionen, Spirituosen 13 Millionen, Eisen- und Stahlprodukte 16 Millionen, chemische Produkte 15 Millionen Dollar ausgeführt. Die Gesamterzeugung des Landes wird auf 61,25 Milliarden Dollar geschätzt. Sowohl diese Ziffern, wie auch die Exportziffern verraten einen beträchtlichen Reichtum des nur von neun Millionen Menschen bewohnten Landes, der sich aus dem Vorhandensein guten Bodens und reicher Naturschätze erklären läßt. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ist Kanada heute das zweitgrößte Ausfuhr-, das achtgrößte Einfuhrland der Welt, im Außenhandel überhaupt ist es, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, das drittgrößte. In absoluten Zahlen ist seine Ausfuhr die fünftgrößte der Welt und folgt in der Reihe nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland und Frankreich.

Die Industrialisierung Südafrikas. Die Ausbeutung der Gold- und Diamantengruben war bis zum Krieg die wichtigste Betätigung in der südafrikanischen Union. Infolge des Krieges hat sich aber dort eine Fabrikindustrie entwickelt, die jetzt was den Wert der erzeugten Waren, wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter anbelangt, gleichwertig neben der Ausbeutung der Goldgruben steht. In den Jahren 1914 bis 1920 hat sich die Zahl der Industriebetriebe verdoppelt. Es gibt dort 7000 Fabrikanlagen, die im Jahre 1916 Waren im Werte von 90 Millionen Pfund, im Jahre 1921 von beinahe 100 Millionen Pfund erzeugten. Während der Wirtschaftskrise im Jahre 1921 ist die Produktion zurückgegangen, doch ist diese Krise bereits zum größten Teil überwunden. Die Fabriken beschäftigen 60,000 europäische Arbeiter, dreimal so viel als die Goldgruben, und ungefähr so viel Eingeborene wie die Goldgruben. Der Ertrag der Fabrikerzeugung wird jährlich auf 36 Millionen Pfund geschätzt, ebensoviel wie der Ertrag der Goldgruben. 43 Millionen Pfund jährlich werden für Rohstoffe, 20 Millionen für Löhne ausgegeben. Die Profitrate in der südafrikanischen Industrie ist außerordentlich hoch, wovon die Dividenden der zumeist in englischen Händen befindlichen Gesellschaften zeugen.

Die brasilianische Industrie ist einstweilen eine Klein- und Mittelindustrie. Die Gründung einer großen Industrie durch Errichtung von Hochöfen, welche die ungemein reichen Erze Brasiliens ausbeuten sollen, wurde erst vor kurzem eingeleitet. Die Baumwollindustrie war bereits vor dem Krieg bedeutend, während des Krieges hat sie sich wesentlich entwickelt. Die Zahl der Betriebe betrug im Jahre 1919 243, die der beschäftigten Arbeiter 125,000, die der Spindeln über anderthalb Millionen. Gegenüber 1906 bedeuten diese Ziffern eine Verdreifachung der Produktion. Die übrige Industrie ist als Fortsetzung, besonders Nachtriegsschöpfung zu bezeichnen. Besonders gab die Auswanderung von selbständigen Industriellen seit Kriegsende, die ihre Maschinen auch nach Brasilien mitführten, der Entwicklung der Industrie einen lebhaften Anstoß. Die Facharbeiter sind ebenfalls zum größten Teil Deutsche und andere Ausländer, aber auch Einheimische sind in wachsender Anzahl in der Industrie tätig. Diese nach Brasilien verpflanzte Industrie stützt sich weniger auf brasilianische Rohstoffe, als auf importierte Halbfabrikate, während die frühere „bodenständige" Industrie brasilianische Rohstoffe verarbeitete. Die Regierung unterstützt die Entfaltung der nationalen Industrie mit allen Mitteln, in erster Linie durch hohe Schutzzölle. Dank der neuen Industrie ist in Brasilien seit dem Krieg ein Arbeiterproletariat entstanden, das bereits den Weg der Kassenbetriebenen Organisation in Gewerkschaften angetreten hat.

Die Industrialisierung Java's bei größten und wichtigsten Teil Holländisch-Indiens, ist vorerst noch in ihren Anfängen. Es gibt dort große Zuckerfabriken, die etwa 10 Prozent des besten Bandbaubodens besitzen und die Eingeborenen von der Bebauung der eigenen Böden immer mehr zurückdrängt haben. Die 35 Millionen betragende Bevölkerung kann in der landwirtschaftlichen Produktion unter sol en Umständen nicht für Auskommen finden. Auch ist die Bevölkerungsdichte außerordentlich groß. Deshalb wird Java auf den Weg der Industrialisierung gedrängt, die unter Führung des holländischen Kapitals voraussichtlich sofort auf der Stufe der Technik des modernen Kapitalismus ausgebaut werden wird. Die holländischen Unternehmer rüsten sich bereits zu dieser Aufgabe. Wie aus einem sehr aufschlußreichen Bericht Dr Mauldners im „Wirtschaftsdienst" (Heft 28) hervorgeht, möchten die Unternehmer Holländisch-Indiens an der Universität Utrecht Verwaltungsbeamte für Indien ausbilden, die für die Unternehmer „zuverlässiger" sind, als diejenigen, welche bisher an der Universität Leiden ausgebildet wurden und eine „ethische" Richtung verfolgt hätten.

Zur Industrialisierung Indiens. Die vor kurzem erschienene Sondernummer des „Manchester Guardian Commercial" über die Wirtschaftslage des britischen Reiches enthält auch in bezug auf die Industrialisierung Indiens einige Angaben. Für die Erzeugung von Jute besitzt Indien bekanntlich ein Weltmonopol. Im Jahre 1923 wurden 7,6 Millionen Ballen Jute erzeugt, die diesjährige Ernte wird auf 7 Millionen Ballen geschätzt. Von dieser Menge wurde nur weniger als die Hälfte ausgeführt (3 Millionen Ballen), das übrige selbst im Land o zu ocken verarbeitet. Im Laufe des Jahres 1923 wurden 184,500 Tonnen Roheisen ausgeführt; das Roheisen wird aus einheimischen Erzen die reichlich vorhanden sind, hergestellt. Ueber die indische Produktion seien folgende aufschlußreiche Angaben erwähnt: Indien ist das größte Ausfuhrland der Welt für Reis (seine Tee-Erzeugung ist nach China die zweitgrößte der Welt). Ein Zehntel des in der Welt erzeugten Weizens entfällt auf Indien. In bezug auf die Geldausbeutung steht Indien auf der siebenten Stelle. 33 Prozent der indischen Ausfuhr entfällt auf Baumwolle.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 21. Sept. bis 27. Sept. 1924 ist der **39.** Beitrag fällig.

Ausschluß aus dem Verbande.

Auf Grund des § 8 Abs. d des Statuts (Schädigung der Verbandsinteressen, unkollegiales Verhalten) wurde gegen das Mitglied Richard Brodella, Bch.-Nr. 65,474, vom Vorstande der Ausschluß aus dem Verbande ausgesprochen.

Literatur.

Bürgerrieg und Bolschewismus in Deutschland. Karl Marchlewski. Vierte umgearbeitete Auflage. Preis 50 Pfg. Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G. Leipzig, Zeitzerstr. 192. Die kommunistischen Führer haben die Parole ausgegeben, zu den Waffen zu greifen, den Bürgerkrieg zu führen, um einen Sowjetstaat zu errichten. Der Verfasser nimmt zu diesen Fragen ausführlich Stellung. Die Broschüre wirft sich nur auf die Literatur der Bolschewisten. Sie führt die Arbeiter über die Methoden der Kommunisten auf. Sie weist nach, daß ein Bürgerkrieg die Lage der Arbeiter noch mehr verschlechterte, sie noch auf ein tieferes Niveau herabdrückt. Die Schrift ist für jeden Arbeiter von Interesse.

Dr. Viktor Engelhardt: Der Mann in der Jugendbewegung. 48 S. Preis 0.50 ℳ. Arbeiterjugend-Verlag. Berlin SW. 68. Ritterstraße 3. 1924.

Anzeigen

Zentralverband der Schuhmacher
Zahlstelle Nürnberg-Fürth
Anmeldungen
zum Schuhmacher-Fachkurs (offener Zeichen- und Arbeitssaal der Stadt Nürnberg) werden im Bureau Jakoste 14 entgegengenommen.
Beginn 1. Oktober. Einschreibgebühr 2 Mk.
Der Besuch des Kurses ist für unsere jüngeren Kollegen sehr empfehlenswert. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung

Unserm Kollegen Friedr. Gurk die besten Glückwünsche zu seinem 25jähr. Verbandsjubiläum.
Zah Kelle Leitbus.

Ago-Spezial-Arbeiter
in Neuarbeit und Reparaturen sucht bis 1. Oktober seine Stelle zu wechseln nach Mittel- oder Süddeutschland eventuell mit Familienanschluß. Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Messer, Winkel, Zirkel, Messer s. Kodak. Liste 8 gegen Rückporto. H. Franke, Artern 17.

Perfekter Ueberholer
für Koll'sche Ueberholmaschine „Neue" für sofort gesucht.
Lingemann & Co.
Schuhfabrik
Kassel, Mönchebergstraße 20.

Erstklassiges
Fahlleder
liefert
A. Weiser, Stargard i. Pom.
Bahnhofstraße 17.

Schuhbesohl-Pressen
Hersteller:
H. R. Ringler, Darmstadt
Waldstraße 19 Telephon 3290
Man verlange Prospekte!
Hermolds D. R. G. M. Wiederverkäufer erhalten Rabatt

Zuschneidemesser – Futtermesser
garantiert echt engl. Stahl. sowie Schuhmachermesser, alles handgeschmiedete Ware, seit 22 Jahren Spezialität.
A. Ferdinand Bergmann
Dresden 19, Schuhmannsstraße 43.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Rochstraße 53
Generalvertretung der Firma Johannes Baier Schuhe, Stiefeln, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Modische Fertigungen für Herr.- u. Damen. Artikel.
Gegr. 1861 Schwerbeschädigten Betrieb. Marke „Vadelid".
Empfehlenswertes für Wiederverkäufer. — Hilfsbereite Bedienung Bemusterung.

Ia Vacheleder-Schilder
für mehrere Paar Sohlen geeignet . à Mk. 1.50 per Pfund
Ia Vacheleder-Kernstücke
etwa sohlengroß . . . . . à Mk. 1.— per Pfund
Ia Vacheleder-Ecken
absatzgroß . . . . . à Mk. —.80 per Pfund
liefert laufend in großen Mengen.
Proben nicht unter 20 Pfund per Nachnahme.
Otto Noeckel, Leder-Großhandlung
Leipzig, Richard Wagner-Straße 17.

Spezial-Modellfachschule
J. Krömer, Bamberg (Bayern), Heiliggrabstraße 53
praktische Ausbildung von Modelleuren für die Schuhindustrie.
Drei Modell-Fräsermaschinen, sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellbau gehören, sind vorhanden.
Prospekt gratis. — Prima Referenzen. — Bei Anfragen Rückporto beifügen.

Druck: Gewerkschaftliche Verlagsgesellschaft A. Hellmuth Wendt G. m. b. H. Hamburg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (A. Simon) Nürnberg, Königstraßenstraße 5.